

Politische Bildung als Kernelement demokratischer Kultur stärken

Die GRÜNE JUGEND Brandenburg fordert eine umfassende Aufwertung und Erneuerung der klassischen Politischen Bildung.

Wir als eine von vielen Aktuer*innen jugendpolitischer Bildungsarbeit bekennen uns zu ihr als Kernelement demokratischer Kultur, gerade zur Schaffung politischen Interesses und der Vermittlung der Kompetenzen eines demokratischen Austausches. Im Mittelpunkt muss dabei der PB-Unterricht in Schulen stehen.

- Alle Grundschulen in Brandenburg müssen die Möglichkeit erhalten, in einem eigenen oder in Form eines kombinierten sozialwissenschaftlichen Faches, bereits in der Primarstufe politische Grundinhalte zu vermitteln. In der gesamten Sekundarstufe soll Politische Bildung außerdem zumindest als 1Wochen-Stunden-Grundkurs Teil des obligatorischen Unterrichts werden, ebenso soll aber im neuen System der gymnasialen Oberstufe auch wieder ein flächendeckender Leistungskurs in PB belegbar sein, inklusive der Möglichkeit für das schriftliche Abitur im Fach.
- Philosophie als klassischer Überbau politischer Theorie soll zudem, solange in Brandenburg noch nicht an allen Schulen als vollwertiger Unterricht realisierbar, im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften oder einigen Seminarkursmodellen angeboten werden.

Zentral ist für uns aber nicht nur die Sicherung des Unterrichts selbst, sondern der Anspruch den PB-Unterricht der Zukunft lebendiger und individueller zu gestalten.

- Die U18-Wahl oder die Juniorwahl als größtes Schulprojekt Deutschlands zur Politischen Bildung soll künftig an allen Brandenburger Schulen durchgeführt werden. Auch Grundschulen sollen mit eigenen Initiativen von Anfang an den Wahlgedanken vermitteln.
- Planspiele als sehr anschauliche und interaktive Bestandteile des Unterrichts sollen fester Bestandteil der Lehrpläne werden und sollen z.B. Plenardebatten simulieren und dabei aktuell relevante Themen behandeln
- Existierende Angebote wie „Jugend debattiert“ oder freiwillige Exkursionen müssen schulintern deutlicher sichtbar angeboten werden
- Projekte wie z.B. „Dialog P“ (bei dem mit Abgeordneten diskutiert wird), Landtagsbesuche inklusive Gespräche mit Mandatsträger*innen oder Podien von Direktkandidierenden müssen als sehr praktische Berührungspunkte mit der Politik integraler Bestandteil gerade des Oberstufenunterrichts werden
- Die Einbringung externer Akteure in das Unterrichtsgeschehen muss diverser werden. Ein Jugendoffizier stellt die Bundeswehr vor? Dann sollte ein Friedensforscher einen kritischen Vortrag zur dt. Rüstungspolitik halten dürfen. Die Möglichkeiten hinsichtlich Initiativen und Personen, die so den Unterricht bereichern können sind immens.

Damit diese und andere Schritte hin zu einer Gestaltung des PB-Unterrichts zielstrebig verfolgt werden können, braucht es eine abgestimmte Kommunikation des Kollegiums, eine Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Politische Bildung, die zudem breiter finanziert werden müsste, den klaren Willen von Verbänden, Landtag und Parlamentarier*innen, den Schülerinnen und Schülern ein Angebot zu machen und einen differenzierten Umgang mit den Inhalten des „Beutelsbacher Konsens“, der all diese Entwicklungen längst überfällig macht.